

Formen? Neben einem Text von *Edella Schlager* über den öffentlich geregelten Zugang zu Grund- und Fließwasser in Colorado runden zwei Aufsätze zu Geistigem Eigentum den Band ab. *Gisli Pálsson* geht der Frage nach, wessen Eigentum Stamm-bäume in Island sind, die einerseits für alle Isländer auf einer Datenbank zugänglich sind. Andererseits wird dieses genealogische Material für genetische Forschungen verwandt und mutmaßlich kommerziell vermarktet werden. Ebenso wie *Pálssons* Text bewegt sich auch der *Melanie G. Wibers* auf dem Feld der Entgrenzung des Eigentums und der um sich greifenden Propertisierung. Anhand von Beispielen aus Kanada und den USA beschreibt sie den Konflikt um Rückgabeforderungen von Kultgegenständen von Akteuren aus zwei Stämmen der indianischen Ureinwohner an staatliche Agenturen. Das abschließende Zitat aus *Wibers* Aufsatz kann als Begründung dafür gelesen werden, weshalb die Beschäftigung mit Eigentum nicht auf seine formaljuristische und wirtschaftliche Dimension beschränkt bleiben kann: „Cultural property claims are often an explicit attempt to rejoin physical objects to personhood, social order and cosmology, and to thereby challenge political order“ (S. 333).

Dietmar Müller

Hartmut Walravens (Hrsg.): W. A. Unkrig (1888–1956). Korrespondenz mit Hans Findeisen, der Britischen Bibelgesellschaft und anderen über Sibirien und den Lamaismus (= Asien- und Afrika-Studien, Bd. 17 der Humboldt-Universität zu Berlin), Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2004, 204 S.

Diese Quellenedition gibt einen übersichtlichen, fundierten und sehr leserfreundlichen Einblick in die umfangreiche Korrespondenz des Mongologen, Tibetologen und Kenners der lamaistischen Medizin Wilhelm Alexander Unkrigs. Die inhaltlich sehr weit gespannten Briefe überspannen einen Zeitraum von 1914 bis 1960. Besonders die von Unkrig selbst verfassten, sehr wortreichen Briefe geben einen biographisch tief reichenden Einblick in Leben und Arbeit von Unkrig; der Leser bekommt Auskunft über alltagspraktische Details und biographische Entwicklungen, die manchmal nur wenige Sätze weiter in einen ausführlichen Bericht über Forschungs- und Publikationsprojekte von Unkrig münden, seinen Kontakt mit wissenschaftlichen Kollegen dokumentieren und in denen der interessierte Leser auch intensiv geführte Fachdiskussionen über Transkriptionen und Übersetzungen tibetischer und mongolischer Texte und deren Interpretation findet.

Die nach Empfänger strukturierten Kapitel halten für den Leser zu Beginn eine Übersicht der nummerierten und mit Absender, Empfänger und Entstehungsdatum versehenen Briefe bereit. Begleitet werden die Briefe von einem ausführlichen Fußnotenapparat, der die in den Briefen genannten und dem heutigen Leser nicht immer geläufigen Orte und Literaturverweise erläutert, biographische Notizen der erwähnten Personen bereit hält, den weiteren Werdegang geplanter Projekte und Manuskripte kurz schildert und der schließlich in den aktuellen Forschungsstand einführt.

Isabella Löhr

Ulrike Lindner: Gesundheitspolitik in der Nachkriegszeit. Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 57), München: Oldenbourg Verlag 2004, 581 S.

Als es nach der Bundestagswahl 1961 für Kanzler Konrad Adenauer darum ging, aus der CDU/CSU-FDP-Koalition ein Kabinett zusammenzustellen, wurden seitens der Frauen in der Union die Rufe nach einer Ministerin immer lauter. Die Frauen griffen dabei auch zu unorthodoxen Methoden, um den Kanzler von diesem Schritt zu

überzeugen. Als Kandidatin galt vor allem Elisabeth Schwarzhaupt, eine ausgebildete Juristin und erfahrene Politikerin, die prädestiniert dafür erschien, als erste Frau in der Bundesrepublik ein Ministeramt zu übernehmen. Doch als Juristin wollte Adenauer sie nicht auf das entsprechende Ressort berufen, galt es doch der „roten Hiide“ (Hilde Benjamin) in der DDR einen Mann auf bundesrepublikanischer Seite gegenüberzustellen. So wurde für Elisabeth Schwarzhaupt ein neues Ressort geschaffen, das Gesundheitsministerium. Zwar betonte die Bundesregierung damit auf der einen Seite den Stellenwert, den „Gesundheit“ in der Gesellschaft eingenommen hatte, auf der anderen Seite zeigt diese weitgehend vergessene Gründungsgeschichte des Ministeriums aber, welche tatsächliche Bedeutung „Gesundheit“ im Kontext der Kabinettsbildung zugesprochen wurde.

Gesundheit war zwar Anfang der 1960er Jahre wieder zu einem politischen Problem geworden, der Contergan-Skandal hatte dies nur zur Genüge bewiesen, doch waren die Spielräume einer aktiven Gesundheitspolitik zu diesem Zeitpunkt äußerst begrenzt. Die wichtigen Entscheidungen, wie das Gesundheitssystem in der Bundesrepublik aussehen sollte, waren längst gefallen, die wesentlichen gesundheitlichen Folgen des Zweiten Weltkriegs und der